



Niederschrift

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 35. Sitzung

am Donnerstag, dem 6. Juli 2023, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Lars Harms (SSW), Vorsitzender

Michel Deckmann (CDU)

Rixa Kleinschmit (CDU)

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Rasmus Vöge (CDU)

Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP), in Vertretung von Annabell Krämer

Fehlende Abgeordnete

Hauke Hansen (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Umsetzung von Haushaltsmitteln aus Einzelplan 11 gemäß § 8 Absatz 20 Haushaltsgesetz 2023 hier: Abwicklung und Umsetzung der Richtlinie zur Beteiligung an Vorhaltekosten und Restrukturierungsmaßnahmen (Refugium II)	4
Vorlage des Sozialministeriums Umdruck 20/1724	
2. Tätigkeitsbericht der Geldwäschaufsicht beim Finanzministerium für den Zeitraum 2020 bis 2022	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 20/676	
3. Umsetzung von Haushaltsmitteln aus dem Ukraine-Notkredit zugunsten der Wasser- und Bodenverbände	7
Vorlage des Umweltministeriums Umdruck 20/1706	
4. Information/Kennntnisnahme	8
Umdruck 20/1661 – Personalmanagement Umdruck 20/1684 – ruhegehaltfähige Stellenzulage Umdruck 20/1717 – Digitalisierung Umdruck 20/1723 – unbegleitete minderjährige Ausländer Umdruck 20/1727 – Investitionsbank Geschäftsbericht 2022 Umdruck 20/1728 – Kooperationsvereinbarung LaZuF vertraulicher Umdruck 20/1721 – DigitalPakt Schule	
5. Verschiedenes	9

Der Vorsitzende, Abgeordneter Harms, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, [Umdruck 20/1721](#) (DigitalPakt Schule) im Sinne des § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten.

- 1. Umsetzung von Haushaltsmitteln aus Einzelplan 11 gemäß § 8 Absatz 20 Haushaltsgesetz 2023
hier: Abwicklung und Umsetzung der Richtlinie zur Beteiligung an Vorhaltekosten und Restrukturierungsmaßnahmen (Refugium II)**

Vorlage des Sozialministeriums
[Umdruck 20/1724](#)

Sozialstaatssekretärin Samadzade führt in die Vorlage ein.

Auf eine Frage des Abgeordneten Brandt antwortet Herr Grallert, Mitarbeiter im Sozialministerium, die Abwicklung der Richtlinie laufe bis Juni 2024. – Abgeordnete Raudies regt an, dass die Abwicklung bis 31. Dezember 2024 laufe.

Der Finanzausschuss erteilt einstimmig die in der Vorlage des Sozialministeriums, [Umdruck 20/1724](#), erbetene Zustimmung.

2. **Tätigkeitsbericht der Geldwäscheaufsicht beim Finanzministerium für den Zeitraum 2020 bis 2022**

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 20/676](#)

(überwiesen am 16. Juni 2023)

Finanzstaatssekretärin Dr. Torp führt in den Bericht ein.

Abgeordnete Raudies bittet das Finanzministerium, die Arbeit der Geldwäscheaufsicht näher zu erläutern, und regt an, eine Arbeits- oder Dienstanweisung zu erlassen.

Staatssekretärin Dr. Torp erwidert, man habe Merkblätter erstellt. Die Frage der Dienstanweisung werde man prüfen. Die Finanzverwaltung könne als Ordnungswidrigkeitenbehörde nicht auf das Vermögen zugreifen.

Herr Dr. Beckmann, stellvertretender Referatsleiter und zuständiger Referent für Geldwäscheprävention im Finanzministerium, erläutert, die Geldwäscheaufsicht könne zwar nicht den Kaufgegenstand konfiszieren, aber die Vermittlungsprovision abschöpfen. Die Prüfung der nach dem Geldwäschegesetz verpflichteten Unternehmen erfolge nicht nur vor Ort, sondern im Wesentlichen schriftlich (Fragebögen) und dauere je nach Größe des Unternehmens und Komplexität des Geschäftsbereichs mehrere Tage; die Vor- und Nachbereitung (zum Beispiel Bußgeldbemessung) seien teilweise sehr aufwendig. Auf eine Frage des Abgeordneten Brandt antwortet er, unter sonstige Prüfungen falle zum Beispiel die Prüfung von Anträgen auf Erleichterungen bestimmter Verpflichtungen nach dem Geldwäschegesetz.

Eine weitere Frage der Abgeordneten Raudies beantwortet Staatssekretärin Dr. Torp dahin, man wünsche sich von der FIU eine Steigerung der Zuleitung von Verdachtsfällen und eine stärkere Rückmeldung zu Verdachtsmeldungen. Die Landesregierung sei zuversichtlich, dass die Geldwäscheaufsicht durch die geplante Konzentration und Entwicklung einer Bundesbehörde verbessert werde.

Abgeordnete Raudies bittet das Finanzministerium, die Zahl der von den Banken gemeldeten Fälle und der Rückmeldungen zu nennen, und regt an, die Summe der abgeschöpften Gelder in den Bericht aufzunehmen.

Auf eine Frage des Abgeordneten Plambeck macht Staatssekretärin Dr. Torp noch einmal deutlich, wenn gegen den Bußgeldbescheid der Verwaltungsbehörde Einspruch eingelegt werde, komme der Fall vor Gericht; die Staatsanwaltschaft ermittle Straftaten, und die Verwaltungsbehörde verfolge Ordnungswidrigkeiten.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Bericht [Drucksache 20/676](#) zur Kenntnis zu nehmen.

3. Umsetzung von Haushaltsmitteln aus dem Ukraine-Notkredit zugunsten der Wasser- und Bodenverbände

Vorlage des Umweltministeriums
[Umdruck 20/1706](#)

Umweltstaatssekretärin Günther führt in die Vorlage ein. Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies antwortet sie, der Zuschuss an die Wasser- und Bodenverbände insbesondere für den Betrieb von Schöpfwerken in Höhe von rund 3 Millionen Euro sei seit Jahren nicht erhöht worden. Über die Unterstützung der Wasser- und Bodenverbände werde im Rahmen des Haushaltsentwurfs 2024 und der Niederungsstrategie entschieden, die man Anfang nächsten Jahres vorlegen wolle.

Auf eine weitere Frage der Abgeordneten Raudies antwortet Herr Behrens, Referatsleiter im Umweltministerium, die Mittel würden in diesem Jahr an die Wasser- und Bodenverbände gezahlt und trügen zur Kostendeckung bei.

Abgeordneter Kumbartzky spricht sich für eine angemessene Förderung der Wasser- und Bodenverbände über den regulären Haushalt und nicht über Notkredite aus.

Bei Enthaltung der FDP mit den Stimmen der übrigen Ausschussmitglieder erteilt der Ausschuss die in der Vorlage, [Umdruck 20/1706](#), erbetene Zustimmung.

4. Information/Kenntnisnahme

- [Umdruck 20/1661](#) – Personalmanagement
- [Umdruck 20/1684](#) – ruhegehaltfähige Stellenzulage
- [Umdruck 20/1717](#) – Digitalisierung
- [Umdruck 20/1723](#) – unbegleitete minderjährige Ausländer
- [Umdruck 20/1727](#) – Investitionsbank Geschäftsbericht 2022
- [Umdruck 20/1728](#) – Kooperationsvereinbarung LaZuF
- vertraulicher [Umdruck 20/1721](#) – DigitalPakt Schule

Auf Vorschlag der Abgeordneten Raudies will der Beteiligungsausschuss ein Gespräch mit dem Vorstand der Investitionsbank führen ([Umdruck 20/1727](#)).

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis (bis auf [Umdruck 20/1721](#)).

5. Verschiedenes

a) Die nächste Sitzung des Finanzausschusses findet am Mittwoch, den 12. Juli 2023, um 13:30 Uhr in der Mittagspause des Plenums, gemeinsam mit dem Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss, statt.

b) Abgeordnete Raudies bittet das Bildungsministerium in der Finanzausschusssitzung am 31. August 2023 um einen Sachstandsbericht zur Finanzierung des Ganztagschulprogramms.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Harms, schließt die Sitzung um 10:45 Uhr.

gez. Lars Harms
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer